



Letzteres müsse mindestens verdreifacht werden, sagte der Sprecher des DS, Oberstleutnant a. D. Helmuth Prieß, der FR. Das Geld werde gebraucht für Kliniken und Ärzte, Bildung, Wohnungsbau, bessere Kommunikation, Infrastruktur und Sozialsysteme, für Wasser- und Energiegewinnung, zur Verringerung des Opiumanbaus und für den Aufbau der Justiz und der einheimischen Polizei. Viel zu viel Geld werde derzeit für "Gehälter auf europäischem Niveau" ausgegeben, rügte Prieß. Für einen solchen Lohn "kriegt man dort 20 bis 30 Leute". Es fehlten vor allem Betriebswirte, die dabei helfen könnten, mittelständische Unternehmen aufzubauen.

All dies müsse durch einen unabhängigen, kompetenten Sonderbeauftragten oder ein Gremium koordiniert und durch überregionale Konferenzen gestützt werden, so das Darmstädter Signal. Die Vorschläge gingen auf Begegnungen mit afghanischen Fachleuten zurück, unterstrich Prieß.

Für eine "grundsätzlich andere Konfliktbearbeitung" setzt sich auch Andreas Buro vom Netzwerk Friedenskooperative ein. Die Bundesrepublik solle einen festen Zeitpunkt für den Abzug ihrer Soldaten nennen und die eingesparten Mittel für eine entwicklungspolitische Offensive einsetzen, bei der Projekte in Kommunen und Regionen "auch mit Taliban-zugeordneten Kräften" unterstützt werden sollten. Notwendig sei ein Dialog im Inneren und mit dem Westen.

Der Afghanistan-Experte Christoph R. Hörstel legte kürzlich einen viel beachteten "Disengagement-Plan" (Ausstiegsplan) vor. "Militärisch ist der Krieg nicht mehr zu gewinnen", lautet sein Ausgangspunkt. Er schlägt einen "fünfjährigen vertrauensbildenden Friedensprozess" vor. In dieser Zeit sollte die Entwicklungshilfe stark steigen und die internationale Truppenpräsenz sinken. Schon im Jahr eins der Befriedung sollten Operation Enduring Freedom und Isaf-Operationen eingestellt und mit Mediationsmaßnahmen begonnen werden.